

## Parlamentswahlen in Afghanistan

DEMOKRATIE OHNE PARTEIEN?

**Das Wahljahr 2010 ist für Afghanistan bislang das blutigste Jahr seit der Vertreibung der Taliban. Trotz erodierender Sicherheitslage wählt Afghanistan am 18. September 2010 ein neues Parlament. Aus diesem Anlass haben die Konrad-Adenauer-Stiftung und das National Centre for Policy Research (NCP) der Universität Kabul eine Umfrage durchgeführt, die Meinungstrends der afghanischen Gesellschaft widerspiegelt. Die Studie ist seit 2008 die dritte ihrer Art und gibt aktuell Aufschluss über Fragen zu Politik- und Sicherheitsthemen sowie den Umgang mit den Taliban. Dieser Bericht stellt zunächst die Umfrageergebnisse vor. Anschließend werden die vor Ort herrschenden Rahmenbedingungen beschrieben. Dem folgt ein Ausblick mit Handlungsempfehlungen.**

Im Zeitraum vom 30. August bis zum 6. September 2010 wurden 5.000 Personen in fünf Provinzen Afghanistans (Kabul: 1.000, Herat: 1.000, Nangarhar: 1.000, Khost: 1.000 und Balkh: 1.000) zu insgesamt zwölf Fragen interviewt, die mit Ja oder Nein beantwortet werden konnten. Die Provinzen wurden ausgewählt, weil sie den Norden, Süden, Osten und Westen des Landes repräsentieren sowie über Universitätsstrukturen verfügen, die in die Umfrage mit eingebunden werden konnten. Die Meinungsumfrage hat somit keinen genuin repräsentativen Charakter, gewährt aber dennoch einen Einblick in die gegenwärtigen Meinungstrends in Afghanistan.

### Demokratieentwicklung (+2 PP)

Bei der Umfrage gaben 58% der Befragten an, mit den demokratischen Entwicklungen in Afghanistan zufrieden zu sein, 42% sind

mit den Entwicklungen unzufrieden. Dies stellt im Vergleich zum Vorjahr eine Verbesserung um zwei Prozentpunkte dar. Hierbei gibt es große Unterschiede in der Wahrnehmung. In Nord- und Westafghanistan scheinen die Interviewteilnehmer die Entwicklung wesentlich positiver zu beurteilen als im Osten des Landes. In der Provinz Nangarhar gaben beispielsweise lediglich 24% der Befragten an, mit der Demokratieentwicklung zufrieden zu sein.

### Regierungsleistung (+1 PP)

Gleichgeblieben zum Vorjahr ist laut den Umfrageergebnissen die Beurteilung der Arbeitsleistung der afghanischen Regierung. Zwar fällt das Gesamturteil immer noch unbefriedigend aus, aber immerhin gaben 35% der Befragten an, mit der Regierungsleistung zufrieden zu sein. Dies stellt eine Verbesserung um 15 Prozentpunkte zum Jahr 2008 dar. Auffallend bei der diesjährigen Umfrage ist, dass in der Hauptstadt Kabul besonders viele Teilnehmer ihren Unmut über die Regierungsarbeit äußerten. Lediglich 19% befanden die Regierungsarbeit für gut. Dieser Umstand basiert wahrscheinlich auf der Krise um die Kabul Bank und die nachgewiesene Involvierung von Familienmitgliedern des afghanischen Präsidenten und Vizepräsidenten.

### Parlamentsleistung (-2 PP)

Ein ähnlicher Trend zeichnet sich auch bei der Beurteilung der Arbeitsleistung des afghanischen Parlaments ab. 2008 beantworteten nur 25% die Frage nach der Arbeitsleistung des Parlaments positiv, im Jahr 2009 waren es 32%. Bei der diesjährigen Umfrage fiel der Wert auf 30%.

## AFGHANISTAN

DR. BABAK KHALATBARI

17. September 2010

[www.kas.de/afghanistan](http://www.kas.de/afghanistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

### Politische Parteien (-3 PP)

Auf die Frage, ob politische Parteien in Afghanistan eine Rolle spielen, antworteten bei der diesjährigen Befragung 37% der interviewten Personen mit Ja. Im Jahr 2008 waren dies noch 48% der befragten Personen, im Jahr 2009 reduzierte sich diese Zahl auf 40%. Die Umfrageergebnisse sind angesichts der geringen Anzahl von Kandidaten, die in Parteien organisiert sind, plausibel.

### Parlamentswahlen 2010 (-7 PP)

Insgesamt 70% der Befragten gaben an, bei den Parlamentswahlen 2010 von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen, 30% wollen ihr Wahlrecht nicht in Anspruch nehmen. Im Jahr 2009 beantworteten die Frage noch 77% positiv und 23% negativ. Nach wie vor scheint in Afghanistan das Interesse an der Volkssouveränität, dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes, groß zu sein.

### ISAF - ein Sicherheitsgarant? (+9 PP)

Die befragten Personen scheinen, anders als im Vorjahr, die ISAF verstärkt als Sicherheitsgaranten für Afghanistan wahrzunehmen. 2009 gaben 36% an, die ISAF sei ein Garant für Sicherheit und Frieden. Bei der diesjährigen Meinungsumfrage waren es demgegenüber 46% der befragten Afghanen. Dies stellt eine positive Veränderung von neun Prozentpunkten zum Vorjahr dar. Bei der Umfrage gab es ferner erhebliche Schwankungen zwischen dem Norden und Osten Afghanistans. In der im Norden gelegenen Provinz Balkh beispielsweise, in der die Bundeswehr sehr stark vertreten ist, wurde die Frage mit 59% um 13 Prozentpunkte positiver beantwortet als im Durchschnitt. In der Provinz Nangarhar, die im Osten des Landes liegt, machten demgegenüber nur 14% der Befragten die ISAF als Sicherheitsgaranten aus. Der Norden erscheint demnach den befragten Personen auch weiter vergleichsweise stabil. Im Vergleich zur Provinz Nangarhar macht die Differenz sogar ganze 45 Prozentpunkte aus.

### Beziehungen zu Pakistan (+/-0 PP)

Das nachbarschaftliche Verhältnis zu Pakistan nimmt in der afghanischen Geschichte eine ambivalente Rolle ein. Seit Anfang 2008 verbessern sich die bilateralen Beziehungen der Nachbarstaaten. Dies ist auch im Interesse der befragten Personen: Wie im Vorjahr halten es 79% der Befragten für wichtig, die bilateralen Beziehungen zu Pakistan zu intensivieren. Speziell die Provinzen der Grenzregion, Nangarhar (91%), Khost (86%) und Kabul (80%) bewerten diese Entwicklung sehr positiv. Demgegenüber scheint das Interesse in der Westprovinz Herat (66%) und der Nordprovinz Balkh (70%) zwar ebenfalls ausgeprägt, aber nicht so stark zu sein.

### Sicherheitslage (+3 PP)

Die gegenwärtige Sicherheitslage wurde von 69% der befragten Personen als nicht zufriedenstellend beurteilt. Lediglich 31% bezeichneten die Sicherheitslage im Land als gut. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies trotz der diesjährigen hohen Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung, die die des Vorjahres übertreffen, eine Verbesserung von insgesamt drei Prozentpunkten dar.

### Engagement der internationalen Gemeinschaft (+/-0 PP)

2.252 der 5.000 befragten Personen bewerteten das Engagement der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan positiv; das sind rund 45%. Demgegenüber zeigten sich bei der Umfrage 55% nicht zufrieden. Der Trendwert entspricht ungefähr dem des Vorjahres. Auch bei dieser Frage gab es regionale Unterschiede. In der Provinz Balkh beurteilten 54% der befragten Teilnehmer das Engagement positiv, in Khost 53%, in Nangarhar 41%, in Herat 48% und in Kabul 28%.

### Umgang mit den Taliban (+4 PP)

Da die Hoffnung eines militärischen Erfolgs über die Taliban nicht unmittelbar greifbar ist, sehen sich mittlerweile viele Afghanen zunehmend als Opfer zwischen den Fronten des eskalierenden Konflikts. Zudem scheint

17. September 2010

[www.kas.de/afghanistan](http://www.kas.de/afghanistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

der politische Pragmatismus der Bürgerkriegszeit zurückzukehren. Darauf lassen zumindest die Umfrageergebnisse schließen, bei denen 74% der Befragten angaben, dass mit der bewaffneten Opposition in Afghanistan Gespräche aufgenommen werden sollten. In den östlich gelegenen Provinzen Nangarhar und Khost wünschten sich dies sogar 90% bzw. 88%. In der Westprovinz Herat waren es nur 61%, in Kabul 62% und in Balkh 67%. Die Frage, ob man die Taliban an der politischen Macht beteiligen sollte, löste in den Provinzen unterschiedliche Antworten aus. Generell bejahten 61% und 39% verneinten. Erneut gab es einen großen Unterscheid zwischen dem Osten des Landes und den restlichen Provinzen. In Khost und Nangarhar präferieren 86% bzw. 84% diese Lösung. In Kabul stimmten dem 47%, in Herat lediglich 35% und in Balkh 53% zu.

#### Transparente Wahlen (+4 PP)

Lediglich 36% der befragten Afghanen gehen von transparenten Wahlen aus, 64% befürchten Intransparenz und damit oftmals verbundene Wahlmanipulationen. Speziell in der Provinz Kabul scheint dieser Eindruck verstärkt vorzuherrschen, sehen dort doch mit 80%, rund 16 Prozentpunkte mehr als der Durchschnitt, die Gefahr für Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen als gegeben an.

#### Rahmenbedingungen

Gemäß den Vorgaben der unabhängigen Wahlkommission markierte der 23. Juni 2010 den Startschuss des offiziellen Wahlkampfes in Afghanistan. Für die 249 Sitze des Unterhauses (Wolesi Jirga) kandidieren insgesamt 2.556 Kandidaten. Davon sind 406 Frauen, für die, entsprechend der afghanischen Verfassung, 1/4 aller Sitze reserviert sind. Weitere 10 Parlamentssitze sind den Kuchi, den afghanischen Nomaden, vorbehalten. Um Kandidat zu werden, muss man mindestens 25 Jahre alt sein, 1.000 Unterstützungsunterschriften vorweisen können sowie eine Kautions von umgerechnet 520 Euro hinterlegen. Ferner muss eine Wählerregistrierung vorliegen und es dürfen vom Kandidaten keine Straftaten begangen worden sein.

Seit Wochen werden Metropolenstädte wie Kabul, Herat, Kandahar und Mazar-e-Sharif von einer beeindruckenden Plakatflut überrollt. Selbst in kleinen Dörfern bricht um strategisch günstig gelegene Werbeflächen ein gewisses Wettplakatieren aus. Die Poster und Aufkleber zeigen die Politiker oftmals in westlicher Kleidung oder Landestracht, je nachdem, wo die Wahlwerbung platziert wird. In ländlichen Gebieten dominieren Portraits der Kandidaten mit Vollbart, Turban, Salwar Khamis und Weste. In der Stadt zeigt man sich lieber im modernen Anzug, eleganter Krawatte und modisch gestutztem Schnauzbar oder glattrasiert. Frauen lassen sich im konservativen Hijab ablichten. Einige von ihnen suggerieren emanzipiertes Selbstbewusstsein und kokettieren mit einigen unter dem Kopftuch herauslugenden Haarsträhnen. Generell ist zu erkennen, dass den Plakaten eine Schlüsselrolle zukommt, denn den politischen Aushängeschildern wird oftmals größeres Interesse gewidmet als Parteiprogrammen oder öffentlichen Veranstaltungen. Die einen werden nicht gelesen – die anderen sind zu gefährlich. Im Wahlkampf gilt daher die goldene Faustregel, dass die Plakate treffende Botschaften kommunizieren müssen, um die politische Klientel zu mobilisieren.

#### Verbesserte Stimmzettel

Der Wiedererkennungswert zahlt sich am Wahltag bei der Stimmabgabe immens aus. Der Urnengang kann mitunter etwas kompliziert werden. Der Stimmzettel für die Provinz Kabul umfasst beispielsweise 664 Kandidaten auf ganzen 12 Seiten. Insgesamt hat die Provinz mit immerhin 33 Parlamentssitzen, von denen 9 für Frauen reserviert sind, den Löwenanteil im Land. Gleich danach kommt die West-Provinz Herat mit 17 Sitzen. Auf den Wahlzetteln sind der Name und das Foto des Kandidaten, sein Symbol als auch seine Parteizugehörigkeit – wenn vorhanden – zu erkennen. Das Kandidatensymbol ist eine afghanische Besonderheit und soll Wählern, die des Lesens und Schreibens nicht mächtig sind, behilflich sein, den gewünschten Kandidaten auf dem Stimmzettel zu identifizieren.

**AFGHANISTAN**

DR. BABAK KHALATBARI

17. September 2010

[www.kas.de/afghanistan](http://www.kas.de/afghanistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Obwohl man noch bei der von vielen Manipulationen überschatteten Präsidentschaftswahl 2009 von angeblichen 17,5 Millionen Stimmberechtigten ausging, wurden für die Parlamentswahlen 2010 lediglich 12,5 Millionen Stimmzettel gedruckt. Dem Heer von drei bis vier Millionen Geisterwählern ist somit der Kampf angesagt worden. Um Wahlbetrug einzuschränken, wurden ferner den 34 Provinzen sowie den Kuchi-Nomaden eigene Stimmzettel mit besonderen Wasserzeichen und Seriennummern zugeordnet. Betrügereien fallen daher generell schwerer, können aber trotzdem nicht ausgeschlossen werden.

Auch gibt es de facto keine flächendeckende internationale Wahlbeobachtung. „Eines der großen Mankos“, urteilt Hamidullah Noor Ebad, Direktor des National Centre for Policy Research (NCPR). Seiner Meinung nach werden die Wahlen nicht fair und frei ablaufen. Noor Ebad, der in Deutschland studiert hat, weist ferner darauf hin, dass „man aufgrund der in Afghanistan vorherrschenden Rahmenbedingungen nicht von einer Wahlbeteiligung von rund 70 Prozent wie bei der Bundestagswahl 2009 in Deutschland ausgehen könne.“ Er rechnet eher mit einer Wahlbeteiligung von 40 bis 45 Prozent. Die Parlamentarierin Shukria Barakzai, eine bekannte afghanische Journalistin und berühmte Frauenrechtlerin, sieht das ähnlich. „Maximal jeder zweite Stimmberechtigte wird tatsächlich wählen gehen.“ Mohammad Haroun Mir, der die Analyse-Organisation Afghanistan's Center for Research and Policy Studies in Kabul leitet und ebenfalls für das Unterhaus kandidiert, geht von einer noch geringeren Teilnahme aus. „Obwohl man von einer stark unterschiedlichen Wahlbeteiligung in den Provinzen ausgehen kann, wird der Durchschnitt unter 30 Prozent liegen“, schätzt Mir, der in der Bürgerkriegszeit ein enger Vertrauter des Mujaheddinkämpfers Ahmed Shah Masoud, dem „Löwen aus dem Panjirtal“, war. Die Abgeordnete Shinkai Karokhail vertritt demgegenüber eine andere Meinung. Die 48jährige Medizinerin denkt, dass „die Wahlen teilweise fair verlaufen werden und aus dem Wahlkampf eine hohe Wahlbeteiligung resultieren wird.“

**Politische Parteien sind Mangelware**

Politische Parteien scheinen bei der zweiten Parlamentswahl in der noch jungen Demokratie Afghanistans keine gewichtige Rolle zu spielen. Obwohl beim Innenministerium insgesamt 84 politische Parteien registriert sind, treten sie kaum in Erscheinung. Nur 32 der 2.556 Kandidaten geben auf den Stimmzetteln an, in Parteien organisiert zu sein. Das sind 1,2 Prozent, was erschreckend wenig ist. Lediglich in 13 Provinzen<sup>1</sup> kandidieren Parteimitglieder. In 21 Provinzen gehen demgegenüber die zur Wahl stehenden Politiker vermeintlich als unabhängige Kandidaten ins Rennen. Die Motivation, sich als unabhängiger Kandidat zu deklarieren, ist hoch. Erstens, weil in Folge der Bürgerkriegsjahre und den damit verbundenen Regimewechseln sämtliche althergebrachten Parteirichtungen diskreditiert erscheinen. Zweitens, weil man als unabhängiger Kandidat an keiner festen Parteilinie festhalten muss und demnach sehr einfach die für Afghanistan typischen Zweckallianzen schmieden kann. Diese Bündnisse sind oftmals pragmatischer Natur und währen nicht lange.

Die paschtunische Parlamentarierin Barakzai sieht in der Parteienschwäche das größte Hemmnis der letzten Legislaturperiode. „Afghanistan braucht eine Parteidemokratie“, ist ihr Credo. Barakzai weiß, wovon sie spricht, schließlich ist sie seit 2005 gewählte Volksvertreterin. „Demokratie wird in Afghanistan ohne Parteien nicht Fuß fassen“, führt Barakzai, die bei diesen Wahlen mit dem Symbol einer Rose antritt, weiter aus. Noor Ebad, der seit 2007 das NCPR leitet und in den neunziger Jahren Minister war, sieht das genauso: „Ohne die strikte Umsetzung von Gesetzen wird in Afghanistan nie Rechtsstaatlichkeit herrschen – und ohne politische Parteien werden wir den Demokratisierungsprozess nicht erfolgreich abschließen können.“ Diese Meinung teilt auch Kabir Ranjbar, der im Parlament dem Kontrollgremium des Rechtsausschusses vorsteht. Ranjbar, der einige Jahre der Vorsit-

---

<sup>1</sup> Kabul, Wardak, Ghazni, Paktika, Badakshan, Baghlan, Samangan, Balkh, Herat, Kandahar, Ghor, Bamyan und Daikundi.

17. September 2010

[www.kas.de/afghanistan](http://www.kas.de/afghanistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

zende der afghanischen Rechtsanwaltsunion war, sieht im so genannten *Single Non Transferable Vote System* (SNTV) die Wurzel des Übels.<sup>2</sup> „Es marginalisiert die Parteien – sie spielen faktisch keinerlei Rolle.“ Eine Demokratie ohne politische Parteien ist wie ein Stausee ohne Wasser. In Kabul gibt es deswegen nicht wenige, die schon im Vorfeld der afghanischen Parlamentswahlen von einer „demokratischen Totgeburt“ sprechen. Speziell auch, weil nicht wenige der Parlamentarier lediglich auf die Vertretung von Partikularinteressen oder das Eingehen von Zweckbündnissen fokussiert sein werden. Erfolgreiche Oppositionsarbeit oder das Etablieren einer Fraktionsstärke werden so verhindert. „Der afghanische Präsident wird daher in der neuen Legislaturperiode mit großer Wahrscheinlichkeit aufgrund fehlender Opposition mit erheblich weniger Widerstand bei der Kabinettsbestätigung oder Gesetzen rechnen müssen als in der Vergangenheit“, so Noor Ebad. Gerüchten zufolge strebt Karzai durch eine Verfassungsänderung eine dritte Amtszeit als Präsident an. So kristallisiert sich bereits vor den Parlamentswahlen immer mehr heraus, dass das demokratische Potential des Landes bislang hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist und sich Afghanistan immer mehr von einer Parteiendemokratie zu entfernen scheint.

#### Wahlkampf unter Lebensgefahr

Die Sicherheitslage ist in vielen Landesteilen nicht ausreichend, um nach westlichem Vorbild einen Wahlkampf zu begehen – geschweige denn, eine Wahl abzuhalten. Gegenwärtig ist die Sicherheitssituation in Afghanistan derart instabil, dass nicht wenige Kandidaten und Wahlkampfteams ein über-

---

<sup>2</sup> Die einfache, nicht-übertragbare Stimme (SNTV) ist ein Wahlsystem, das außer in Jordanien, Afghanistan und einigen Klein- und Inselstaaten bisher weltweit so gut wie keine Anwendung finden konnte. Die Mandatsträger werden durch direkte Wahl bestimmt, wobei die Anzahl der Sitze im Verhältnis zur Einwohnerzahl der jeweiligen Provinz stehen. Die Partei, die beispielsweise die Mehrheit der Stimmen erringt, gewinnt deshalb nicht die Mehrheit der Sitze. Dieser Sachverhalt verhindert die Bildung stabiler politischer Parteien und damit klare Verhältnisse nach westlichem Vorbild.

durchschnittliches Risiko eingehen. Bislang kam es zu 16 Zwischenfällen, bei denen drei Kandidaten und 13 Wahlhelfer ermordet wurden. Weitere 15 wurden verletzt. Einige Parlamentarier können ihre Wahlkreise nur noch unter Lebensgefahr betreten. Die unabhängige Wahlkommission (IEC) gab am 7. September 2010 bekannt, dass in 25 Provinzen 938 der insgesamt 6.835 Wahllokale (14%) aus Sicherheitsgründen nicht geöffnet werden können. Ferner informierte die IEC, dass in der Provinz Nangarhar aufgrund der schlechten Sicherheitslage von 458 Wahllokalen 81 (18%) geschlossen bleiben müssen. Insgesamt sind dies Rahmenbedingungen, die als suboptimal beschrieben werden können. Der deutsche Sondergesandte für die Region, Botschafter Michael Steiner, gab jüngst bekannt, dass man keine europäischen Standards werde halten können und die Wahlen schwierig würden.

#### Ausblick

Sicherlich kann man nach 30 konfliktreichen Jahren nicht erwarten, dass sich in Afghanistan innerhalb kurzer Zeit eine nach westlichen Standards funktionierende Demokratie etabliert. Doch deswegen sollte man nicht auf notwendige Mindestanforderungen verzichten. Ohne politische Parteien und legitime Wahlen wird in Afghanistan eine nachhaltige Demokratie nicht Fuß fassen. Besonders politische Parteien gehören zum Grundwesen der Demokratie und nehmen wichtige Integrations- und Führungsaufgaben wahr. Sie sind ein Ort der Wertevermittlung und dienen als Bindeglied zwischen Zivilgesellschaft und den Institutionen des demokratischen Staates.<sup>3</sup> Im Idealfall würde sich eine solche Parteiendemokratie durch geringe parteipolitische Fragmentierung, hohe Niveaus von Parteiidentifikation und -mitgliederzahlen als auch einer hohen Wahlbeteiligung auszeichnen. Afghanistan ist hiervon weit entfernt und entspricht vielmehr dem Zustand einer „defekten Demokratie“. Eine solche „defekte Demokratie“ weist zwar Merkmale einer repräsentativen

---

<sup>3</sup> Siehe hierzu auch den KAS-Demokratie Report 2007 unter folgendem Link: <http://www.kas.de/wf/de/33.11263/>

Demokratie auf beziehungsweise lassen sich die Herrschenden durch Wahlen legitimieren. Es existieren jedoch schwerwiegende Mängel in der Umsetzung rechtstaatlicher Strukturen, horizontaler und vertikaler Kontrollmechanismen und der staatlichen Machtausübung in vielen Bereichen. Auch kann eine Achtung der Menschenrechte oder gar Rechtsstaatlichkeit nicht garantiert werden. Kurzum: Nicht überall, wo Demokratie drauf steht, ist auch Demokratie drin. Die islamische Republik Afghanistan ist demnach ein klassischer *Hybridstaat*, der einerseits Merkmale demokratischer Herrschaft aufweist, andererseits jedoch auch vorher bestehende autokratische Strukturen übernommen hat und weiterführt. Das Wiedererstarken der Kriegs- und Drogenfürsten, der Ausbau eines staatsdurchsetzenden Neopotismus als auch das aus mehreren Gesetzen resultierende *kastrierte Parteiensystem* sind klassische Indikatoren für die obige These.

Ein altes afghanisches Sprichwort besagt, dass ein Gebäude früher oder später einstürzt, wenn der erste Stein falsch gesetzt wird. Diese Erkenntnis ist nicht nur nach wie vor aktuell, sondern sie scheint auch immer stärker auf die Entwicklung der afghanischen Demokratie zuzutreffen. Die folgenden Punkte bedürfen im Interesse Afghanistans und der internationalen Staatengemeinschaft eines dringend notwendigen Handlungsbedarfs:

**Erstens** scheint eine neue Wählerregistrierung in Afghanistan angeraten. Denn die Auswertung der letzten Präsidentschaftswahlen zeigt, dass in Afghanistan die Manipulation der größte Wahlhelfer ist. Dies wird bei den Parlamentswahlen nicht anders sein. Die Bandbreite der Betrugsmöglichkeiten bietet durch die erfolgten Mehrfach- und Falschregistrierungen nahezu einen unbegrenzten Zugang zu den Wahlurnen.<sup>4</sup> Mit

den Phantomstimmen werden sich bei den Parlamentswahlen zahlreiche Kandidaten ohne Wählerschaft ins Parlament befördern. Diese Entwicklung kann im Hinblick auf zukünftige Wahlen nur durch eine neu zu erfolgende seriöse Wählerregistrierung aufgehalten werden.

**Zweitens** sollten die politischen Parteien in Afghanistan gestärkt werden. Es bietet sich in dem Zeitfenster nach den Wahlen an, Versäumtes nachzuholen und aus gemachten Fehlern zu lernen. Bei den Präsidentschaftswahlen 2009 stammten beispielsweise lediglich 16% der Kandidaten aus politischen Parteien. Bei den Parlamentswahlen sind es nur 1,2 %. Die Masse der Bewerber geht als unabhängige Kandidaten ins Rennen. Es bietet sich in Afghanistan an, dass – ähnlich wie in Deutschland – durch die Einführung eines Parteiengesetzes die politischen Parteien jährlich staatliche Mittel erhalten. Maßgebend für deren Höhe sollte die „Verwurzelung in der Gesellschaft“ sein, die man an den erzielten Stimmen bei Wahlen, Mitgliederzahlen und -beiträgen sowie Spenden ablesen kann. Die vom Staat gezahlte Summe an alle Parteien sollte hierbei eine Obergrenze haben und nicht höher sein als die Einnahmen der Partei aus anderen Quellen, wie z. B. Mitgliedsbeiträge oder Parteispenden.<sup>5</sup>

**Drittens** sollte mittel- bis langfristig über eine Änderung des Wahlsystems nachgedacht werden. Die einfache, nicht-übertragbare Stimme hat sich bei den Parlamentswahlen 2005 nicht bewähren können und ist ebenfalls für das Parteiendebakel der diesjährigen Wahl verantwortlich. Das jetzige Wahlsystem sieht keinerlei repräsentatives Element vor und spiegelt somit den Wählerwillen nicht angemessen wider. Die dadurch betriebene faktische Schwächung von Parteien schränkt die Par-

---

4 Bei den letzten Präsidentschaftswahlen gab es deswegen nachweislich mindestens drei Millionen Phantomwähler. Aktuelle Bevölkerungsschätzungen gehen von maximal 14 Millionen volljährigen und somit wahlberechtigten Bürgern aus, es registrierten sich jedoch rund 17 Millionen der ca. 28 Millionen Afghanen. Wahlunterlagen wurden so zur Basarware, und

---

Clan chiefs verkauften die Stimmen ihrer Dörfer im Austausch gegen politische Posten. Auch vor Kuriositäten schreckten manche Wahlfälscher nicht zurück, so wurde beispielsweise die US-amerikanische Pop-Sängerin Britney Spears in Kandahar als Wählerin registriert.

5 Analog zum deutschen Parteiengesetz könnten sich die Mittel der einzelnen Parteien beispielsweise wie folgt berechnen: 40 Afghani (70 Cent) für jede abgegebene gültige Stimme.

**AFGHANISTAN**

DR. BABAK KHALATBARI

17. September 2010

[www.kas.de/afghanistan](http://www.kas.de/afghanistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

tization der afghanischen Bevölkerung enorm ein und kann als Risiko für den gesamten demokratischen Entwicklungsprozess interpretiert werden. Auch erscheint die angesetzte Anzahl von Wahlgängen in Afghanistan nicht umsetzbar: Für die nächsten 25 Jahre sind in Afghanistan über 30 nationale und regionale Wahlen vorgesehen. Bis 2035 würden lediglich in drei Jahren keine Wahlen abgehalten. Fazal Ahmad Manawi, der Vorsitzende der unabhängigen Wahlkommission, wird am 30. Oktober 2010 die endgültigen Ergebnisse der Parlamentswahlen vorstellen. Es wird der Startschuss für eine neue Legislaturperiode mit vielen Chancen und Risiken sein. Die nächsten vier Jahre werden zeigen, ob der erlittene innenpolitische Flurschaden in eine vom Einsturz bedrohte Fassadendemokratie münden wird oder noch rechtzeitig Versäumtes nachgeholt wird.

Umfrage 2010		JA	NEIN
1	Sind Sie mit den demokratischen Entwicklungen in Afghanistan zufrieden?	58	42
2	Sind Sie mit der Arbeitsleistung der Regierung zufrieden?	35	65
3	Sind Sie mit der Arbeitsleistung des Parlaments zufrieden?	30	70
4	Spielen Ihrer Meinung nach politische Parteien in Afghanistan eine Rolle?	37	63
5	Geben Sie bei der für 2010 geplanten Parlamentswahl Ihre Stimme ab?	70	30
6	Empfinden Sie die ISAF als Sicherheitsgarant für Afghanistan?	45	55
7	Finden Sie es wichtig, die bilateralen Beziehungen zu der Islamischen Republik Pakistan zu intensivieren?	79	21
8	Sind Sie mit der Sicherheitslage in Afghanistan im Ganzen zufrieden?	31	69
9	Sind Sie mit Engagement der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan zufrieden?	45	55
10	Sollte die Regierung mit den Taliban Gespräche führen?	74	26
11	Sollte man die Taliban an der politischen Macht beteiligen?	61	39
12	Gehen Sie davon aus, dass der Verlauf der nächsten Wahl transparent sein wird?	36	64